

**Allgemeinverfügung
zur Einrichtung von Pflegestützpunkten in Bayern**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
vom 22. Oktober 2009 Az.: III3/022/4/09**

I.

Allgemeinverfügung

1. Bestimmung der Einrichtung von Pflegestützpunkten

Gemäß § 92c Abs. 1 Satz 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) vom 26. Mai 1994 (BGBl I S. 1014), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl I S. 2495) wird für Bayern bestimmt, dass die Pflegekassen und Krankenkassen Pflegestützpunkte zur wohnortnahen Beratung, Versorgung und Betreuung der Versicherten nach Maßgabe der Vorgaben des Elften Buches Sozialgesetzbuch einzurichten haben.

2. Hinweise

- 2.1 In einer Aufbauphase bis Ende 2010 sollen bayernweit bis zu 60 Pflegestützpunkte errichtet werden. Pflegestützpunkte sind in jedem Regierungsbezirk sowohl in ländlich strukturierten Regionen (Landkreisen) als auch in städtischen Ballungsräumen (Städten im Sinn des Art. 3 Abs. 1 GO) einzurichten.
- 2.2 Bei der Errichtung von Pflegestützpunkten müssen vorhandene vernetzte Beratungsstrukturen die Möglichkeit haben, sich in die Pflegestützpunkte zu integrieren. Vorhandene vernetzte Beratungsstrukturen sind insbesondere die in Bayern bestehenden staatlich geförderten Fachstellen für pflegende Angehörige.
- 2.3 Pflegestützpunkte sollen zunächst dort errichtet werden, wo sich auch der Landkreis oder die kreisfreie Stadt an ihnen beteiligt.

2.4 Entsprechend § 92c Abs. 2 Satz 6 SGB XI sollen in die Tätigkeit der Pflegestützpunkte Pflegefachkräfte eingebunden werden. Die Träger haben nach Möglichkeit Mitglieder von Selbsthilfegruppen sowie ehrenamtliche und sonstige zum bürgerschaftlichen Engagement bereite Personen und Organisationen in die Tätigkeit der Pflegestützpunkte einzubinden. Interessierten kirchlichen, sonstigen religiösen und gesellschaftlichen Trägern und Organisationen soll die Beteiligung ermöglicht werden.

3. Anordnung der sofortigen Vollziehung

Gemäß § 86a Abs. 2 Nr. 5 des Sozialgerichtsgesetzes wird die sofortige Vollziehung dieser Allgemeinverfügung im öffentlichen Interesse angeordnet.

4. Bekanntgabe

Die vorliegende Allgemeinverfügung einschließlich der Anordnung ihrer sofortigen Vollziehung gilt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Bayerischen Staatsanzeiger als bekannt gegeben. Sie kann einschließlich ihrer Begründung im Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Winzererstraße 9, 80797 München nach vorheriger Vereinbarung (Telefon 089-1261-2074) eingesehen werden.

II.

Begründung

5. Begründung der Allgemeinverfügung

Nach dem am 1. Juli 2008 in Kraft getretenen Pflege-Weiterentwicklungsgesetz müssen die Pflegekassen und Krankenkassen zur wohnortnahen Beratung, Versorgung und Betreuung der Versicherten nach § 92c SGB XI Pflegestützpunkte einrichten, sofern die zuständige oberste Landesbehörde dies bestimmt. Von dieser Bestimmungsmöglichkeit wird hiermit für den Freistaat Bayern Gebrauch gemacht.

Durch die zu errichtenden Pflegestützpunkte soll eine gemeinsame Koordinierung und Steuerung von Leistungen erfolgen, um eine an den individuellen Bedürfnissen insbesondere älterer pflege- und betreuungsbedürftiger Menschen ausgerichtete Beratung und Betreuung im wohnortnahen Bereich zu ermöglichen. Durch eine enge

Vernetzung der verschiedenen Versorgungssysteme soll eine Steigerung der Beratungseffizienz bei allen an der Stützpunktarbeit beteiligten Trägern gefördert werden.

In einer Aufbauphase sollen in strukturell unterschiedlichen Gebieten in ganz Bayern Pflegestützpunkte errichtet werden. Die Aufbauphase dient zur Überprüfung, inwieweit die zu errichtenden Pflegestützpunkte einen Mehrwert für die Bevölkerung und die Rat- und Hilfesuchenden darstellen. Aus diesem Grund sollen bis zum Ende des Jahres 2010 vorerst nur bis zu 60 Pflegestützpunkte errichtet werden. Das Gesamtkonzept zur Errichtung von Pflegestützpunkten in Bayern sieht vor, dass zusätzlich zu den zu errichtenden Pflegestützpunkten eine telefonische Erstanlaufstelle, der „Pflegeservice Bayern“ eingerichtet wird. Dieser soll neben den Pflegestützpunkten kassenartenübergreifend telefonische Pflegeberatung nach § 7a SGB XI anbieten. Der entstehende Mehrwert soll auch in Abhängigkeit zu den regionalen Gebietsstrukturen festgestellt werden. Nur so kann Ende des Jahres 2010 eine Entscheidung zum weiteren Verfahren der Errichtung getroffen werden.

§ 92c Abs. 2 Satz 2 und 3 SGB XI verpflichtet die Pflegekassen, bei der Einrichtung von Pflegestützpunkten auf vorhandene vernetzte Strukturen zurückzugreifen. Mit der Festschreibung, dass vorhandene vernetzte Beratungsstrukturen die Möglichkeit haben müssen, sich in die Pflegestützpunkte zu integrieren, wird diesem gesetzlichen Auftrag Rechnung getragen. In Bayern besteht ein vernetztes Beratungsangebot durch die staatlich geförderten Fachstellen für pflegende Angehörige.

Die Allgemeinverfügung verpflichtet ausschließlich die Kranken- und Pflegekassen Pflegestützpunkte zu errichten. Ziel der Gesamtkonzeption ist aber, dass die Stellen der örtlichen Altenhilfe und der Hilfe zur Pflege nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch sich an den Pflegestützpunkten beteiligen, da nur so ein Gesamtangebot an Beratung und Begleitung für die pflegebedürftigen Menschen vorgehalten werden kann. Auf die dahingehende Hinwirkungspflicht der Pflegekassen nach § 92c Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 SGB XI wird verwiesen.

Durch die Einbindung und Beteiligung weiterer Partner, wie Pflegefachkräfte, Mitglieder von Selbsthilfegruppen sowie ehrenamtliche und sonstige zum bürgerschaftlichen Engagement bereite Personen und Organisationen soll eine Vernetzung der Hilfen erreicht und insbesondere die häusliche Versorgung gestärkt werden. Um die Tätigkeit der Pflegestützpunkte auf eine breite tragfähige und

anerkannte Grundlage zu stellen, soll interessierten kirchlichen sowie sonstigen anerkannten religiösen und gesellschaftlichen Trägern und Organisationen der Zugang zu den Pflegestützpunkten ermöglicht werden.

6. Besondere Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehung

Nach § 86a Abs. 2 Nr. 5 des Sozialgerichtsgesetzes entfällt die aufschiebende Wirkung einer Anfechtungsklage, wenn die sofortige Vollziehung eines Verwaltungsakts im öffentlichen Interesse oder im überwiegenden Interesse eines Beteiligten ist und die Stelle, die den Verwaltungsakt erlassen hat, die sofortige Vollziehung mit schriftlicher Begründung des besonderen Interesses an der sofortigen Vollziehung anordnet.

Bei der Entscheidung, dass Pflegestützpunkte in Bayern eingerichtet werden, ist die Anordnung der sofortigen Vollziehung im öffentlichen Interesse, das heißt, im Interesse der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen in Bayern. Seit Inkrafttreten des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes zum 1. Juli 2008 wurde mit dem Erlass der Allgemeinverfügung gewartet, um die konzeptionellen und vertraglichen Grundlagen zur Errichtung von Pflegestützpunkten zu schaffen. Innerhalb dieses Verfahrens konnte mit den Beteiligten das Konzept zur Errichtung von Pflegestützpunkten grundsätzlich abgestimmt werden. Die sofortige Vollziehung stellt nun ein einheitliches und geordnetes Vorgehen aller Pflegekassen und Krankenkassen bei der zügigen Einrichtung von Pflegestützpunkten in Bayern sicher, was für die landesweite und wohnortnahe Versorgung aller betroffenen Bürgerinnen und Bürger in Bayern mit Beratungs-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen von elementarer Bedeutung ist. Weiter wird durch die Anordnung des Sofortvollzugs sichergestellt, dass die bis zum 30. Juni 2011 befristete Anschubfinanzierung aus dem Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung zur Errichtung von Pflegestützpunkten auch zeitgerecht in Anspruch genommen werden kann (§ 92 Abs. 5 und 6 SGB XI). Eine solche Antragstellung ist erst nach Bestimmung durch die oberste Landesbehörde und Vorlage einer Konzeption und eines unterschriebenen örtlichen Stützpunktvertrages möglich.

III.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Sozialgericht, in dessen Bezirk der Kläger oder die Klägerin zur Zeit der Klageerhebung seinen oder ihren Sitz hat schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten oder der Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger oder die Klägerin, den Beklagten oder die Beklagte sowie den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten und von dem Kläger oder der Klägerin oder einer zu deren oder dessen Vertretung befugten Person mit Orts- und Zeitangabe unterzeichnet sein. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden; die angefochtene Verfügung soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt werden.

Seitz

Ministerialdirektor